

Leuthard über Levrat: «Er ist die Gefahr!» – Levrat: «Bin wütend»

Der Konflikt zwischen Wirtschaftsministerin Doris Leuthard und SP-Präsident Christian Levrat eskaliert

Mit harten Worten wirft Doris Leuthard Christian Levrat vor, soziale Unruhen zu schüren. Levrat reagiert wütend: Wer Probleme anspreche, werde «als Brandstifter titulierte».

VON OTHMAR VON MATT

Der Streit zwischen der SP und Wirtschaftsministerin Doris Leuthard spitzt sich zu. Stein des Anstosses ist ein Interview mit Leuthard im gestrigen «Le Matin». Darin greift sie den SP-Präsidenten in einer Art an, wie dies noch selten ein Regierungsmitglied tat. Es sei «total falsch», was SP-Präsident Christian Levrat mache, wenn er von Jugendarbeitslosigkeit als sozialer Bombe spreche, sagt Leuthard. Und attackiert den SP-Präsidenten persönlich: «Er ist die Gefahr! Es ist unverantwortlich, ein Gefühl der Angst zu schaffen.»

Das Interview ist autorisiert. Das bestätigt man im Departement. Verstimmt wurde Leuthard offensichtlich durch einen Satz Levrats in einem Interview vom Montag. Der SP-Präsident sagte, ebenfalls in «Le Matin»: «Wir sitzen auf einer sozialen Bombe. Wir riskieren dieselben sozialen Massenunruhen wie in Griechenland im Dezember 2008.» Die Verknüpfung von Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz mit Gewalttaten im Ausland hielt sie für kontraproduktiv.

«WÜTEND» IST LEVRAT über diese Worte, wie er dem «Sonntag» sagt. Levrat: «Und das nicht wegen mir. Sondern wütend darüber, wie Doris Leuthard die Situation verniedlicht.» Es handle sich um eine «Frage des Menschenbildes», betont der SP-Präsident: «Aus den Worten von Doris Leuthard spricht ein ständiges Misstrauen gegenüber der Bevölkerung. Sie hält diese für nicht mündig, mit der Wahrheit umgehen zu können.» Wer die Wahrheit anspreche, werde als «Brandstifter» titulierte. Levrat: «Das ist wohl ein Witz.» Die Bevölkerung sei erwachsen genug, den Tatsachen ins Auge zu blicken. «Ich erwarte deutlich mehr



Doris Leuthard

«Es ist total falsch, was Levrat macht. Es ist unverantwortlich, ein Angstklima zu schaffen.»



Christian Levrat

von einer Wirtschaftsministerin», sagt Levrat. «Keine Beruhigungspillen, sondern dass sie den Mut aufbringt, selber die Diskussion zu suchen.»

Levrat hält die Situation für ungemütlich. «Die Kurzarbeit ist von Februar auf März um 177 Prozent gestiegen», sagt er. «Das ist die Vorstufe zu Massenkündigungen.» Zudem drohten 60 000 Jugendarbeitslose. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren habe gegenüber dem Vorjahr um 38 Prozent zugenommen. «Das sind die Zahlen, die Leuthards eigenes Amt veröffentlicht hat», sagt Levrat. «Nur hat sie diese offenbar nicht richtig verstanden.» Reagiere Leuthard erst Ende Juni, benötige die Politik sechs Monate, bis die Massnahmen greifen. Levrat: «Jugendliche werden dann über Monate in den Strassen herumhängen.»

Damit ist man im Volkswirtschaftsdepartement EVD nicht einverstanden. «Der Bund hat über die Arbeitslosenversicherung bereits vor geraumer Zeit gezielt Instrumente bei Arbeitslosigkeit für Jugendliche geschaffen», betont Sprecher Peter Frey: «Berufs- und Ausbildungspraktiken, Übungsfirmen, Motivationssemester.» Diese Massnahmen seien sofort abrufbar, wenn sich die Situation verschlimmere.

ALS «ARROGANT» und «für eine Bundesrätin schlicht unhaltbar» bezeichnet Cédric Wermuth die Aussagen Leuthards in «Le Matin». Jugendliche sollten sich doch nach einem Praktikum im Ausland umschauen und 200 000 Arbeitslose seien «nicht schlimm». Das lasse vermuten, sie politisiere «irgendwo auf dem Mars», sagt der Juso-Präsident. «Vielleicht sollte sie selber ein Praktikum im Ausland machen und den Bundesrat-Job jemandem überlassen, der sich ernsthaft für die Menschen in diesem Land einsetzen will», sagt Wermuth.

www.sonntagonline.ch
DISKUTIEREN SIE MIT

Bundeshaus-Verbot für 50 Lobbyisten

Verbandsfunktionäre dürfen nicht mehr in Wandelhalle

VIELE LOBBYISTEN FÜRCHTEN um ihre Zutrittsberechtigung ins Bundeshaus – genauer: in die Wandelhalle, wo sie bei den Parlamentariern für ihre Anliegen weibel können. Grund zur Sorge haben all jene Interessenvertreter, die bis anhin als Journalisten «getarnt» waren, zum Beispiel als Redaktoren für eine Verbandszeitschrift. Denn die Bundeskanzlei hat ihre Verordnung über die Akkreditierung von Medienschaffenden revidiert. Neu verlangt Artikel 2: «Nicht als journalistische Tätigkeiten gelten Verbandsarbeit, PR- und Werbetätigkeiten.»

Bis Ende März haben die Medienschaffenden – mit Ausnahme der fest akkreditierten Bundeshausjournalisten – ihr Gesuch zur Erneuerung der Zutrittsberechtigung eingereicht. Wer als Journalist arbeitet, kann ein Schreiben seines Chefredaktors vorlegen und behält seinen Badge. Wer jedoch als Lobbyist für einen Verband tätig ist, verliert den freien Zutritt zur Wandelhalle. «Eine gewisse Anzahl von Dossiers müssen genauer überprüft werden», sagt Bundesratssprecher André Simonazzi. Es seien rund 50. Mitte Mai sollten alle Entscheide vorliegen.

VERLIEREN 50 LOBBYISTEN ihren Badge, müssen sie sich neuen Zutritt verschaffen – und das geht nur über die Parlamentarier. Jeder der 246 Gewählten darf zwei Zutrittskarten verschenken. Einige Politiker beglücken damit ihre Familie, andere vergeben sie an persönliche Mitarbeiter, die meisten jedoch an Interessenvertreter. Deshalb sind auch alle grossen Verbände in der Wandelhalle anzutreffen – von den Bauern über das Gewerbe und die Gewerkschaften zu Economiesuisse, von Pro Natura über den Spitalverband zur Stromwirtschaft. Von den total 492 Pässen sind gemäss der Liste der Parlamentsdienste vom 31. März bereits 367 Zutrittskarten weg.

FLORENCE VUICHARD

Absturz von Kleinflugzeug in Bodensee

Die Pilotin wurde mit einem Boot gerettet

EINE 67-JÄHRIGE PILOTIN hat am Samstagnachmittag den Absturz ihres dreiplätzigen Kleinflugzeugs in den Bodensee überlebt. Sie wurde von Privatpersonen, die den Absturz beobachtet hatten, mit einem Boot gerettet und musste mit unbestimmten Verletzungen von der Rega ins Spital geflogen werden. Weitere Passagiere waren nicht an Bord.

Das in der Schweiz immatrikulierte Flugzeug war wenige Minuten nach dem Start vom Flughafen St. Gallen-Altenrhein aus noch ungeklärten Gründen 200 Meter vom Ufer entfernt in den Bodensee gestürzt, wie die St. Galler Kantonspolizei mitteilte. Das Wasser ist an der Absturzstelle rund 80 Zentimeter tief. Das Kleinflugzeug musste von Spezialisten aus dem See geborgen werden. (AP)

Juso fordern Solidaritätsprozent für Jugend

Wer mehr als 130 000 Franken verdient, soll ein «Jugendprozent gegen die Krise» abliefern – für die Lehrstellen-Schaffung

DIE JUNGSZIALISTEN (JUSO) wollen «Generationengerechtigkeit in der Krise», wie es Parteipräsident und SP-Vizepräsident Cédric Wermuth formuliert. Konkret fordern sie temporär ein «Zukunfts- und Jugendprozent gegen die Krise».

Die Idee: Während dreier Jahre sollen Arbeitnehmer mit Einkommen über 130 000 Franken den Jugendlichen ein Krisenprozent bezahlen. 50 Prozent sollen die Arbeitnehmer selbst berapen, 50 Prozent die Arbeitgeber – analog der Arbeitslosenversicherung. «Das bringt mindestens 160 Millionen Franken ein», sagt Wermuth. Diese Millio-

nen könnten in zwei Vorhaben investiert werden: einerseits in Stipendien zur Weiterbildung von Jugendlichen. Und andererseits in die Schaffung von Lehrstellen, die der Bund mitbezahlt. Wermuth spricht von einem «Solidaritätsprozent gegenüber den Jugendlichen».

DER IDEE DER JUSO liegt eine «Vision Zero» zugrunde, genau so, wie sie Verkehrsminister Moritz Leuenberger für den Strassenverkehr propagiert: Leuenberger will null Verkehrstote, Wermuth null arbeitslose Jugendliche. «Es drohen

uns 50 000 bis 60 000 erwerbslose Jugendliche – das Wirtschaftsdepartement sollte eine Übergangslösung für jeden einzelnen Jugendlichen finden», sagt Wermuth. «Kein einziger Jugendlicher sollte zu den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren oder gar zu den Sozialämtern gehen müssen.» Alles andere wäre, sagt Wermuth, «ein verheerender Einstieg in die Karriere».

Seit Donnerstag ist klar geworden, dass Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren die Hauptbetroffenen der Krise sind. 17 000 oder 5,1 Prozent von ihnen suchen derzeit eine Stelle, gab das

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bekannt.

SP-Nationalrätin Pascale Bruderer taxierte die Entwicklung in der Mittelland Zeitung als «dramatisch». Die SP will nun in erster Linie dafür sorgen, dass Firmen, die Lernende nach dem Ende der Lehre weiterbeschäftigen, künftig Zuschüsse erhalten. Das entsprechende Modell dazu will die SP nächste Woche an einer Pressekonferenz vorstellen. Die SP wird auch das Modell des «Jugendprozent für die Krise» der Jungsozialisten übernehmen.

OTHMAR VON MATT

INSERAT



London schon ab CHF 29.-
Hinflug inkl. Flughafentaxen und Gebühren

Neu!! täglicher Flug
Zürich-London Gatwick

aerlingus.com

Flüge auf neuer Route ab 26. April. Gültig für Flüge ab 26. April bis 15. Juli 2009. Preise vorbehaltlich Verfügbarkeit. Konditionen und Bedingungen. Preise pro Weg inkl. Flughafentaxen und Gebühren. Es wird eine Bearbeitungsgebühr von CHF9 pro Ticket erhoben.